

5763

84. Sitzung

Düsseldorf, Mittwoch, 27. September 1978

Mitteilungen des Präsidenten

5765 A

Entgegennahme der Regierungserklärung

5765 B

Rau, Ministerpräsident

5765 C

**Vereidigung des neuen Ministers für Wissenschaft und
Forschung**

5765 B

Nächste Sitzungen:

5782 A

(A)

(C)

Entschuldigt waren für den 27. September 1978:

CDU: Falke
Klein
Mader
Morgenstern
Neuhaus
Dr. Weimann

SPD: Braun
Eichhorn
Meyer zur Heide
Nolzen
Schreiber
Sporleder

F.D.P.: Dorn
Hinrichs

(B)

(D)

(A) Beginn: 10.03 Uhr

Präsident Dr. Lenz: Meine Damen und Herren! Ich **eröffne** die **84. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen** und heiße Sie alle recht herzlich willkommen.

Für die heutige Sitzung haben sich 14 Abgeordnete **entschuldigt**; ihre Namen werden im Protokoll festgehalten.

Meine Damen und Herren, in der vergangenen Sitzung haben wir einen der Herren Minister, die vom Herrn Ministerpräsidenten ernannt worden sind, nicht vereidigt. Ich möchte das heute nachholen und bitte, damit einverstanden zu sein, daß wir gemäß § 40 unserer Geschäftsordnung unsere **Tagesordnung** entsprechend **ergänzen** und mit diesem Punkt beginnen. – Ich nehme an, Sie sind damit einverstanden.

Meine Damen und Herren! Ehe wir mit unserer Arbeit beginnen, möchte ich des **Polizeibeamten Hans Wilhelm Hansen gedenken**,

(Die Anwesenden erheben sich.)

der am Sonntag in Ausübung seines Dienstes ermordet worden ist. Unser Mitgefühl gehört seiner Witwe und den anderen Angehörigen ebenso wie dem Beamten, der am Sonntag verletzt worden ist, und den übrigen Opfern des Terrorismus in unserem Lande.

(B)

Wir stellen fest, daß wir mit Abscheu und Entsetzen von diesem Mord Kenntnis nehmen. – Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, ich rufe **Punkt 1 a** unserer Tagesordnung auf:

Vereidigung des neuen Ministers für Wissenschaft und Forschung

Ich bitte Herrn Minister Prof. Dr. Jochimsen, zu mir zu kommen, damit der Amtseid abgelegt werden kann.

(Minister Dr. Jochimsen wird vereidigt.)

Herr Minister, wir gratulieren Ihnen recht herzlich und wünschen Ihnen Glück und Erfolg.

(Minister Dr. Jochimsen: Vielen Dank! – Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien)

Meine Damen und Herren, ich rufe dann **Punkt 1** unserer Tagesordnung auf:

Entgegennahme der Regierungserklärung

Das Wort hat Herr Ministerpräsident Johannes Rau.

Rau, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bevor ich dem Hohen Hause meine Regierungserklärung abgebe, will ich ein Wort an Herrn Ministerpräsidenten Heinz Kühn richten.

(C)

Wer zwölf Jahre lang die Geschicke eines Landes mit 17 Millionen Einwohnern verantwortet, der prägt die Geschichte dieses Landes. Die Erfolge und die Leistungen, die Heinz Kühn und seine Regierungen in diesen Jahren für Nordrhein-Westfalen gebracht haben, sind jederzeit und für jedermann nachprüfbar.

Heinz Kühn hat 1966 den Bergarbeitern, den Menschen im Ruhrgebiet, den Menschen in unserem Land das Vertrauen in unseren Staat wiedergegeben. Seinem persönlichen Einsatz ist es zu verdanken, daß dem Land an Rhein und Ruhr eine soziale und politische Zerreißprobe erspart worden ist – eine Zerreißprobe, die, wie immer sie ausgegangen wäre, die innere Stabilität in der Bundesrepublik erschüttert hätte.

Heinz Kühn hatte seinen Blick nach vorn gerichtet. Seine Regierungen haben mit klaren Konzeptionen die Entwicklung Nordrhein-Westfalens auf die Zukunft hin orientiert: durch stetige Strukturverbesserungen; durch den Abbau von Bildungsbarrieren; durch großzügige Förderung des Städtebaus, die in ihrer Kombination aller wesentlichen Aspekte – Wohnungsbau, Freizeit, Umwelt, Verkehr – vorbildlich geworden ist.

Heinz Kühn hat das Land verändert. Wir haben ihm für die gestalterische Kraft zu danken, mit der er unser Land weitergebracht hat.

(D)

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien)

Unser Dank will kein Abschied und kein Ende des gemeinsamen Weges sein. Heinz Kühn hat, wie er es seit langem angekündigt hatte, sein Amt als Ministerpräsident abgegeben. Aber ein Mann wie er wird immer zu den politisch Handelnden gehören. Wir werden seinen kämpferischen Einsatz und seinen erfahrenen Rat weiterhin brauchen.

Meine Damen und Herren! Die Politik der drei von Heinz Kühn geführten Regierungen war erfolgreich. Sie ist der Erfolg einer guten und bewährten Partnerschaft zwischen Sozialdemokraten und Freien Demokraten. Diese gemeinsame Politik zu festigen, aber nicht bei ihr stehenzubleiben, sondern sie ein gutes Stück weiterzubringen, ist unsere Verpflichtung, ist die Aufgabe und das Ziel dieser Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen.

Bei der Verwirklichung ihrer politischen Absichten wird sich die Landesregierung von zwei Grundsätzen leiten lassen:

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) – Wir wollen die Freiheit im Staat und die Liberalität des Staates sichern.

– Wir wollen das Unsere tun, damit es in unserer Gesellschaft menschlicher zugeht.

Für Nordrhein-Westfalen gilt, was für die gesamte Bundesrepublik Deutschland gilt: Noch nie zuvor hat es auf deutschem Boden eine freiere und sozial gerechtere Ordnung gegeben. Wer die Geschichte kennt, weiß das. Aber Freiheit und Liberalität stellen sich nicht von selbst ein; sie sind eine ständige Aufgabe. Diese Aufgabe ist heute mehr denn je eine ernste Herausforderung für alle politisch Verantwortlichen.

Viele Bürger sind besorgt darüber, daß sich ein Klima der Intoleranz ausbreiten könnte. Ich verstehe das. Auch ich habe die Sorge, daß der Schutz der staatlichen Ordnung als totaler Kontrollanspruch mißverstanden werden könnte.

Auch ich habe die Sorge, daß das von bestimmten Gruppen geforderte Kontrollsystem über ein ausgewogenes Programm in Rundfunk und Fernsehen zu einem Instrument politischer Bevormundung mißbraucht werden könnte.

(Zustimmung bei den Regierungsparteien – Köppler CDU: Egon Bahr! – Weitere Zurufe von der CDU)

(B)

Auch ich sorge mich um die Individualität des einzelnen, der sich dem Zugriff des Computers ausgesetzt fühlt.

Diese Gefahren müssen uns schon in den Ansätzen alarmieren.

(Pürsten CDU: Sehr richtig!)

Hier geht es um die Grundwerte, nach denen wir zusammenleben wollen. Die Landesregierung wird alle Angriffe auf die Freiheit im Staat und auf die Liberalität des Staates entschlossen abwehren.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Sie weiß sich darin mit den sie unterstützenden Koalitionsparteien einig.

(Dr. Brüggemann CDU: Der Staat muß aber die Liberalität auch schützen! Das ist auch seine Funktion!)

Freiheit im Staat und Freiheit in der Gesellschaft sind untrennbar. Freiheit, so wie ich sie verstehe, ist zunächst die Freiheit des einzelnen.

(Dr. Schwefer CDU: Und des anderen!)

Aber Freiheit meint nicht menschliche Isolierung; sie ist nicht das Gegenteil von Solidarität. Wie Menschen miteinander umgehen, das kann und darf vom Staat nicht angeordnet werden. Gleichwohl gehört es zu seiner politischen Verantwortung, die Voraussetzungen für eine menschliche Gesellschaft zu schaffen, soweit dies in seiner Hand liegt. (C)

Wir wollen deshalb Schulen, in denen Rücksichtnahme und Hilfsbereitschaft den Umgang prägen und nicht ein vom bloßen Konkurrenzstreben verfälschter Leistungsdruck.

(Beifall bei den Regierungsparteien – Hört, hört! bei der CDU)

Wir wollen deshalb Dörfer und Städte, die humanes Wohnen sichern.

(Zuruf von der CDU: Ratingen!)

Haben wir nicht den Auftrag, das Gefühl der Mitverantwortung für diejenigen in unserer Gesellschaft zu stärken, die auf der Schattenseite des Fortschritts stehen? Wie können wir Ausländern der zweiten Generation dazu helfen, daß sie wirklich zu uns gehören? Wie können wir erreichen, daß demjenigen, der Hilfe nötig hat, nicht bloß institutionelle Versorgung, sondern auch menschliche Wärme und Zuwendung zuteil werden? (D)

Freilich der Staat kann das Nötige nicht allein bieten. Wir brauchen die Mitarbeit der gesellschaftlichen Gruppen, der Kirchen, der Gewerkschaften und Arbeitgeber, der Träger der freien Wohlfahrtspflege. Sie können und müssen Werte und Verhaltensweisen bewahren, beleben und entwickeln, die aus Solidarität mit dem, der in Not ist, erwachsen, sei es aus christlicher Nächstenliebe, sei es aus humanistischer Gesinnung.

Die Landesregierung wird die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit allen freiheitlichen Kräften unserer pluralistischen Gesellschaft suchen. Die Politik der Landesregierung wird darauf gerichtet sein, wo immer sie kann, den Bürger zum Eintreten für den anderen zu ermutigen.

Für ihr Handeln geht die Landesregierung von folgenden Leitlinien aus.

Erstens! Die Landesregierung wird von zwei Parteien getragen. Sie ist von der Mehrheit der Wähler legitimiert und steht in der verfassungsmäßigen Verantwortung vor dem ganzen Volk, das durch dieses Parlament repräsentiert wird. Von dieser Verantwortung wird sich die Landesregierung leiten lassen. Die Landesregierung will die Argumente der Opposition ernst nehmen und das Gespräch mit ihr suchen; sie wird die gesellschaftlichen Gruppen hören; sie wird sich besonders derjeni-

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) gen annehmen, die sich nur schwer organisieren können und die keine einflußreiche Lobby haben. Sie wird sich der in sachlichem und demokratischem Geist geführten Auseinandersetzung um die beste Politik für unser Land stellen.

Zweitens! Die Landesregierung ist die Regierung für das ganze Land. Sie wird keinen Landesteil bevorzugen und keinen Landesteil benachteiligen. Gefordert ist aber entsprechend den lokal und sektoral sehr vielschichtigen Problemen eine Politik der differenzierten Lösungen. Ballungsgebiete, die in großen Teilen von hoher Arbeitslosigkeit wie von erheblichem Bevölkerungsrückgang betroffen sind, werden wir stärken;

(Beifall bei den Regierungsparteien)

die großen Städte unseres Landes dürfen nicht notleidend werden.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Den ländlichen Raum werden wir so fördern, daß seine Städte und Dörfer ihren Aufgaben auch weiterhin gerecht werden können.

(Erneuter Beifall bei den Regierungsparteien)

- (B) Drittens! Die Landesregierung weiß sich in Mitverantwortung für die Bundesrepublik Deutschland. Sie nimmt diese Mitverantwortung insbesondere im Bundesrat wahr. Wir werden die sozial-liberale Politik der Bundesregierung unterstützen. Wenn es die Interessen des Landes gebieten, werden wir auch in Zukunft mit allem Nachdruck für diese Interessen eintreten, auch gegenüber dem Bund.

(Beifall bei den Regierungsparteien – Köppler CDU: Ein ganz neuer Zug!)

Viertens! Die Beziehungen zwischen dem Bund und den Ländern und zwischen den Ländern untereinander sind durch eine Entwicklung parteipolitischer Unversöhnlichkeit bedroht. Diese Entwicklung dient nicht dem Wohl unseres gemeinsamen Staates Bundesrepublik Deutschland.

(Dr. Schwefer CDU: Sehr richtig!)

Sie dient auch nicht den Interessen der einzelnen Länder. Ich lehne sie daher ab.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen wird für eine faire und konstruktive Zusammenarbeit zwischen allen Ländern und mit dem Bund werben. In diesem Sinne werde ich auch den Vorsitz in der Ministerpräsidenten-

konferenz wahrnehmen, der turnusgemäß Ende des Jahres auf Nordrhein-Westfalen übergehen wird; in diesem Sinne wird die Landesregierung im Bundesrat handeln. (C)

Unsere politischen Überlegungen und Initiativen für die nächsten Jahre müssen vor allem vier Entwicklungen berücksichtigen: das verringerte wirtschaftliche Wachstum, die enger gewordenen finanziellen Möglichkeiten, die Folgen des Rückgangs der Kinderzahl und die zunächst weiter ansteigende Zahl der Erwerbstätigen.

In der Wirtschaft beobachten wir weltweit einen Wachstumsrückgang, ein Zurückbleiben hinter den Wachstumsraten, die noch in den 60er Jahren erreicht wurden. Die Landesregierung weiß, daß dem Wachstum nicht zuletzt ökologische Grenzen gesetzt sind, und sie handelt danach. Sie wird keine Entwicklung dulden oder gar fördern, die das Leben oder die Gesundheit der Bürger oder unsere natürlichen Lebensgrundlagen gefährdet.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Die Bewertung des wirtschaftlichen Wachstums ist auch an qualitativen Maßstäben auszurichten: an der Umweltverträglichkeit, am sparsamen Umgang mit Rohstoffen und Energien, an einer gerechten Verteilung, an humanen Arbeitsbedingungen, am Schutz des Verbrauchers. Wir lassen jedoch keinen Zweifel daran, daß weiteres wirtschaftliches Wachstum besonders wichtig ist für einen erfolgreichen Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. (D)

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Beschäftigung zu sichern ist die wichtigste Aufgabe. Hier müssen alle am Wirtschaftsprozess Beteiligten – die Gewerkschaften und die Arbeitgeber, Bund, Länder und Gemeinden – alles in ihren Kräften stehende tun, damit die vorhandenen Arbeitsplätze gesichert und neue Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Über ein Fünftel der Arbeitslosen ist seit mehr als einem Jahr arbeitslos. Das ist bitter. Wir dürfen nicht zulassen, daß in unserer Gesellschaft Menschen leben, die das Gefühl haben, ihre Arbeit und ihre Leistungen würden nicht mehr gebraucht.

Die Schwere des Problems fordert uns heraus, noch intensiver über Lösungswege nachzudenken. Dazu gehört auch, daß wir analysieren und diskutieren, welchen Beitrag wir von einer sinnvollen, schrittweisen Verringerung der Arbeitszeit erwarten können.

(Köppler CDU: Welchen?)

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) Die finanz- und haushaltspolitische Situation werden wir ausführlicher miteinander debattieren, wenn in wenigen Wochen die erste Lesung des Etats und des Finanzausgleichsgesetzes 1979 stattfinden. Ich will mich deshalb jetzt auf einige Bemerkungen beschränken.

Die Landesregierung wird auch in Zukunft eine beschäftigungsorientierte Haushaltspolitik verfolgen, die erstens durch Einnahmeverzicht die Rahmenbedingungen für die private Wirtschaftstätigkeit verbessert, die zweitens durch Verstetigung der öffentlichen Investitionen Wachstumsimpulse sichert und die drittens durch bedarfsgerechte Personaleinstellungen zur unmittelbaren Entlastung des Arbeitsmarktes beiträgt.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Waren die wachstums- und beschäftigungspolitischen Maßnahmen der Finanzpolitik bislang überwiegend ausgabenorientiert, so wirken sie sich mit den steuerlichen Entlastungen des vergangenen und dieses Jahres nun auf der Einnahmenseite des Haushalts aus. Die Landesregierung wird die steuerpolitischen Beschlüsse der Bundesregierung so unterstützen, daß auch die Gemeinden Nordrhein-Westfalens sie mittragen können.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

- (B) Sie wird alle Bemühungen fördern, die das Steuersystem einfacher und für den Bürger durchschaubarer machen. Bei der jetzt im Vordergrund stehenden Ausrichtung des Landeshaushalts auf Beschäftigung und Wachstum muß die notwendige Konsolidierung des Haushalts vorübergehend zurücktreten.

Gegenwärtig wird in der Bundesrepublik viel über die Bevölkerungsentwicklung diskutiert – mancherorts auch spekuliert. Die wichtigsten Fakten sind bekannt: Seit einigen Jahren sinken die Geburtenzahlen, und die Bevölkerungszahl nimmt insgesamt ab, während der Anteil derjenigen noch wächst, die in das Erwerbsleben eintreten.

Die Entwicklung läßt sich nicht auf eine einfache Formel bringen. Zu Schwarzmalerei besteht kein Anlaß. Die langfristigen Fragen werden wir offen zur Diskussion stellen, und wir werden gewissenhaft die nötigen politischen Folgerungen ziehen. Bei allen unseren Überlegungen wollen wir immer respektieren, daß es ausschließlich Sache der Eltern ist, zu entscheiden, wann sie Kinder haben wollen und wie viele Kinder sie haben wollen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Das entläßt die Landesregierung jedoch nicht aus ihrer Verpflichtung, ihr besonderes Augenmerk auf die Situa-

tion in der Familie und auf die Situation der Kinder in unserer Gesellschaft zu richten. (C)

Kurz- und mittelfristig müssen wir uns auf die bereits erkennbar veränderten Bevölkerungsstrukturen einstellen;

(Pürsten und andere Abgeordnete der CDU: Heiraten!)

denn bis in die zweite Hälfte der achtziger Jahre brauchen wir für die geburtenstarken Jahrgänge noch mehr Ausbildungs- und Arbeitsplätze.

In diesem Zusammenhang ein Wort zu den Problemen unserer ausländischen Mitbürger! Nach dem Anwerbestopp ist die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer zwar zurückgegangen, die Gesamtzahl der Ausländer ist jedoch auf Grund hoher Geburtenraten und auf Grund des uneingeschränkten Familiennachzugs nicht gesunken. Diese Entwicklung macht nicht nur im Interesse des sozialen Friedens, sondern auch aus mitmenschlicher Verantwortung erhöhte Anstrengungen nötig. Die Landesregierung wird ein Bündel von Maßnahmen vorschlagen, deren Ziel es sein soll, Hilfen zur sozialen, zur schulischen und zur beruflichen Integration der ausländischen Mitbürger und ihrer Familienangehörigen, insbesondere in der zweiten Generation, zu leisten und zur Konsolidierung der Ausländerbeschäftigung beizutragen. (D)

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Meine Damen und Herren! Wenn ich Ihnen jetzt die Handlungsziele der Landesregierung für die nächsten Jahre im einzelnen erläutere, so will ich das an Hand der Bereiche, auf die wir das Schwergewicht unserer Arbeit legen, tun:

– auf die Sicherung der Arbeitsplätze und die Stärkung der Wirtschaftskraft des Landes,

(Beifall bei der SPD)

– auf die Zukunftschancen unserer Jugend in Schule, Bildung und Beruf,

(Beifall bei der SPD)

– auf die Umwelt, in der wir wohnen und arbeiten,

(Beifall bei den Regierungsparteien)

– auf die Hilfe für alle diejenigen, die der besonderen Solidarität der Gemeinschaft bedürfen,

(Beifall bei den Regierungsparteien)

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) – auf die Wahrung von Freiheit und Gerechtigkeit und auf demokratisches Handeln in unserem Staat.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Die Wirtschaftslage sieht nach allen uns zur Verfügung stehenden Daten wieder besser aus. Die Wachstumsaussichten für 1978 sind gestiegen – entgegen den pessimistischen Erwartungen im Frühjahr. Besonders die Investitionsbereitschaft hat zugenommen. Die Zahl der Arbeitslosen im Bundesgebiet wird im September vermutlich unter 900 000 liegen. Diese Entwicklung vollzieht sich auf der Grundlage einer international hochbewerteten und stabilen Währung. Die Verbraucherpreise stiegen im August nur noch um 2,4 %. Dies ist der niedrigste Anstieg seit 1969.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Im internationalen Vergleich sind wir nach der Schweiz das Land mit den geringsten Preissteigerungen.

Aber die Lage am Arbeitsmarkt bleibt nach wie vor unbefriedigend. Das gilt besonders für das Ruhrgebiet. Die Ursachen hierfür liegen zum großen Teil in der hohen Empfindlichkeit, mit der die revierprägenden Industriezweige auf Änderungen in den weltwirtschaftlichen Nachfrage- und Angebotsbedingungen reagieren. Einmal hat der Rückgang des Weltstahlverbrauchs dazu geführt, daß die Produktion in den einheimischen Stahlwerken gedrosselt werden mußte. Zum anderen haben die jungen Industriestaaten, die Entwicklungsländer und die Staatshandelsländer ihre Stahlkapazität zunehmend ausgebaut. Dadurch ist eine mächtige Konkurrenz entstanden, die schon seit Jahren den Anteil Nordrhein-Westfalens, der Bundesrepublik und anderer traditioneller Stahlerzeugungsländer am Weltmarkt vermindert hat. Die Absatzprobleme der Stahlindustrie schlagen sich unmittelbar in einem verringerten Koksverbrauch nieder. Die daraus folgenden Beschäftigungsschwankungen sind kaum zu vermeiden, weil Kohle und Stahl als Basisindustrien auf lange Sicht erhalten bleiben müssen.

Im einzelnen ist die Arbeitsmarktlage im Lande unterschiedlich. Die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen konnte – bei einer bereits unterdurchschnittlichen Jugendarbeitslosenquote – erheblich verringert werden, und zwar stärker als in anderen Bundesländern.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Bedenklich ist dagegen die Verschlechterung bei den Schwerbehinderten, bei den Älteren, den Ausländern und den ungelerten Arbeitnehmern. Auch die Arbeitslosigkeit von Frauen ist leider nicht zurückgegangen.

Die Landesregierung wird diesen Entwicklungen auch in Zukunft ihre ganze Aufmerksamkeit widmen. Sie wird alles tun, um in der Wirtschafts- und Strukturpolitik dazu beizutragen, daß die wirtschaftliche Leistungskraft des Landes gestärkt, daß die vorhandenen Arbeitsplätze gesichert und daß neue, zukunftssträchtige und qualifizierte Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden. Sie wird mit ihren Fördermaßnahmen auf eine Verbesserung der Wirtschaftsstruktur hinwirken. (C)

Dies alles gilt auch und gerade für das Ruhrgebiet. Die Landesregierung wird wegen besonderer Probleme für diesen strukturpolitischen Aktionsraum an der Ruhr eine Regionalkonferenz einberufen. Sie soll dem verstärkten Gespräch der Beteiligten in diesem Wirtschaftsraum dienen und die Gemeinsamkeit des Handelns fördern.

Bund und Land haben in den letzten Jahren besondere Anstrengungen zur Sicherung der Arbeitsplätze unternommen. Das zur Zeit laufende Programm für Zukunftsinvestitionen, das in Nordrhein-Westfalen Investitionen von über 4 Milliarden DM von 1977 bis 1980 vorsieht, ist schon jetzt – vor der Hälfte seiner Laufzeit – zum größten Teil mit Projekten belegt.

Die verstärkte Produktions- und Investitionstätigkeit in der Bauindustrie ist vor allem auf diesen staatlichen Impuls zurückzuführen.

Wir werden in Kürze den Entwurf eines Rahmengesetzes zur Wirtschaftsförderung vorlegen. (D)

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Wir unternehmen damit einen entscheidenden Schritt zu einer „Strukturpolitik aus einem Guß“, die besser als bisher den Arbeitsmarktbedingungen gerecht wird. Dieses Gesetz soll die einzelnen Förderinstrumente auf der Grundlage eines strukturpolitischen Gesamtkonzepts zusammenfassen und für eine bessere Abstimmung sorgen.

Die übergreifenden Ziele des strukturpolitischen Gesamtkonzepts sind: Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen, Chancengleichheit im Wettbewerb und befriedigende Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen. Zu den wichtigsten Instrumenten dieses Konzepts gehören: die Maßnahmen zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur, zur Agrarstruktur, das Mittelstandskreditprogramm und das Technologieprogramm Wirtschaft.

Die regionale Wirtschaftsförderung ist der Schwerpunkt der strukturpolitischen Bemühungen der Landesregierung. Allein von 1972 bis 1977 wurden zur Verbesserung

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) der regionalen Wirtschaftsstruktur Investitionen der gewerblichen Wirtschaft von 9,2 Milliarden DM gefördert und damit 92 000 Arbeitsplätze geschaffen oder gesichert.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Von zentraler Bedeutung bleibt in der strukturpolitischen Konzeption eine an den Grundsätzen der marktwirtschaftlichen Ordnung ausgerichtete Mittelstandspolitik.

(Aha! bei der CDU)

Die Landesregierung wird die schon bisher erfolgreichen Förderungsmaßnahmen fortsetzen und dabei vor allem Eigeninitiative und Selbsthilfe unterstützen, die Anpassung an den wirtschaftlichen und technologischen Wandel erleichtern und Wettbewerbsnachteile auszugleichen suchen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Im Jahre 1977 wurden im Rahmen des Mittelstandskreditprogramms in 3 300 Fällen zinsgünstige Darlehen in Höhe von insgesamt rund 180 Millionen DM bewilligt. Die Förderungsmöglichkeiten sind in diesem Jahre noch beträchtlich erweitert worden.

- (B) Einen neuen Weg der Technologieförderung hat die Landesregierung mit dem Technologieprogramm Wirtschaft beschritten. Das Programm wird insbesondere mittelständische Unternehmen dazu anregen, neue technische Lösungen aufzugreifen, die ihre Wettbewerbsfähigkeit langfristig stärken, damit gleichzeitig Arbeitsplatzrisiken beseitigen und neue zukunftssichere Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen helfen. Die Landesregierung wird die Förderungsmöglichkeiten nach diesem Programm planvoll weiterentwickeln.

Eine so gestaltete beschäftigungsorientierte Wachstumspolitik bedarf der Ergänzung auf der Seite des Arbeitsmarktes. Die Landesregierung wird, wenn auch die Zuständigkeit in erster Linie beim Bund liegt, von ihren Handlungsmöglichkeiten vollen Gebrauch machen. Ihre Initiativen gelten vor allen Dingen den Arbeitnehmern, die in ihren Beschäftigungsaussichten benachteiligt sind, nämlich den Ungelernten, den Jugendlichen, den Frauen, den Behinderten und den älteren Menschen.

Die Landesregierung wird sich vor allem dafür einsetzen, daß in den nächsten Jahren mehr Ausbildungs- und mehr Arbeitsplätze für die geburtenstarken Jahrgänge zur Verfügung gestellt werden.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

(C) Die beispielhaften Bemühungen der Landesregierung zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit werden fortentwickelt. Die Landesregierung wird zusätzliche Ausbildungsplätze in gewerblich-technischen Berufen fördern, um die Chancen der weiblichen Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt weiter zu verbessern.

(Erneuter Beifall bei den Regierungsparteien)

Die Förderungsmaßnahmen zur besseren beruflichen Qualifikation Erwachsener werden weitergeführt. Ich verweise namentlich auf den Ausbau des Netzes der Berufsbildungszentren, der Berufsbildungswerke und der Werkstätten für Behinderte.

Die Bemühungen um die Eingliederung von Jugendlichen und schwer vermittelbaren Arbeitslosen werden weiterentwickelt. In den Verwaltungen und den übrigen Einrichtungen des Landes soll die Zahl der Ausbildungsplätze um mindestens 7 % jährlich steigen, solange die geburtenstarken Jahrgänge in das Berufsleben eingegliedert werden.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

(D) Ich betone in diesem Zusammenhang, daß es bisher gelungen ist, auf der Grundlage des dualen Systems der Berufsausbildung dank der gemeinsamen Bemühungen aller Beteiligten insgesamt genügend Ausbildungsplätze bereitzustellen, auch wenn nicht allen individuellen Wünschen Rechnung getragen werden konnte. Nur wenn die Betriebe, die geeigneten Verwaltungen und die übrigen Ausbildungsstätten auch in Zukunft jede verantwortbare Möglichkeit ausnutzen und Ausbildungsplätze anbieten, können wir in den nächsten Jahren das Recht der Jugend auf eine qualifizierte Berufsausbildung einlösen.

Die Landesregierung wird die überbetriebliche Ausbildung auch weiterhin dort fördern, wo sie ergänzend neben die betriebliche tritt und wo sie den Mangel an Ausbildungsplätzen in einzelnen Gebieten oder Berufen beseitigen hilft.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Allerdings werden zunächst alle noch freien Kapazitäten auszuschöpfen sein.

Meine Damen und Herren! Nordrhein-Westfalen ist das energiewirtschaftliche Zentrum der Bundesrepublik. Seine Wirtschaftsstruktur wird maßgeblich von der heimischen Kohle geprägt. Die Landesregierung sieht sich in der gesamtstaatlichen Verantwortung, das hier Mögliche für eine sichere und unabhängige Energieversorgung der Bundesrepublik zu leisten. Sie betreibt eine Politik des Vorrangs für die Kohle, mit der zugleich die

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Bergbaureviere gewahrt und weiterentwickelt wird.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Allein das Land hat von 1966 bis 1977 rund 4,3 Milliarden DM für die Steinkohle zur Verfügung gestellt. Damit der Bergbau seine gegenwärtigen Absatzschwierigkeiten überwindet, werden die finanziellen Hilfen zur Förderung des Absatzes wie der Investitionen verstärkt.

(Beifall bei der F.D.P.)

Um den Absatz der heimischen Steinkohle in der Stromerzeugung zu sichern, müssen neue Steinkohlekraftwerke errichtet werden.

Die Landesregierung setzt sich dafür ein, daß der notwendige Bau von Steinkohlekraftwerken durch eine vertragliche Vereinbarung zwischen Elektrizitätswirtschaft und Steinkohlebergbau abgesichert wird.

Besonders wichtig ist dabei, daß alte, umweltbelastende Steinkohlekraftwerke durch neue Anlagen mit umweltfreundlicher Technologie im Rahmen eines Sanierungsplanes ersetzt werden.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

- (B) Das bedeutet Investitionen und damit Arbeitsplätze. Mit dem Landesentwicklungsplan VI, der dem Landtag vorliegt, soll vorgesorgt werden, daß den Investoren für den Fall der Bauentscheidung geeignete Standorte angeboten werden können.

Die auf Initiative der Landesregierung zustande gekommenen Beschlüsse der Bundesregierung zur Novellierung des Bundesimmissionsschutzgesetzes und der Technischen Anleitung Luft sollen die Rahmenbedingungen für den Kraftwerksbau verbessern. Die sachgerechte Abwägung der Notwendigkeiten von Umweltschutz und Energiepolitik auch in den Einzelregelungen wird im Gesetzgebungsverfahren zu prüfen sein.

Besondere Schwierigkeiten bereitet der Kraftwerksbau im Ibbenbürener Raum und im Aachener Revier. Die Landesregierung wiederholt ihre Bereitschaft, sich in Ibbenbüren wie auch in anderen Revieren vergleichbarer Problematik an denjenigen Mehrkosten für Investitionen und Brennstofflagerung zu beteiligen, die in den besonderen Standort- und Qualitätsbedingungen begründet sind.

Die Politik des Vorrangs für die Kohle bedeutet zugleich, daß die Kernenergie nur in dem unbedingt notwendigen Umfang eingesetzt werden kann. Da in absehbarer Zeit keine Lücke in der Stromversorgung zu erwarten ist, gibt es gegenwärtig keinen Bedarf für die Errichtung eines Leichtwasserreaktors. Es besteht auch kein Anlaß, die bisherige und durch die Entwicklung vollauf ge-

- rechtfertigte Behutsamkeit in Fragen der Kerntechnologie aufzugeben. (C)

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Die Sicherheit der kerntechnischen Anlagen hat absolute Priorität. Die Landesregierung wird die Qualitäts- und Betriebskontrollen verstärken. Darüber hinaus wird sie, soweit erforderlich, Maßnahmen zur Nachrüstung der schon betriebenen Anlagen ergreifen. Damit wird sie dem Fortschritt von Wissenschaft und Technik Rechnung tragen.

Kernenergie darf ferner nur eingesetzt werden, wenn die Entsorgungsfragen gelöst sind. Für eine Übergangszeit hat sich die Landesregierung aus gesamtstaatlicher Verantwortung bereit erklärt, in Nordrhein-Westfalen ein Zwischenlager für bestrahlte Brennelemente aufzunehmen. Es ist für schon bestehende oder im Errichtungsverfahren befindliche Leichtwasserreaktoren bestimmt. Obwohl die Landesregierung nach den gesetzlichen Zuständigkeitsregelungen nur einen begrenzten Handlungsspielraum hat, wird sie das Ihre dazu beitragen, um die Errichtung des Zwischenlagers in Ahaus zu ermöglichen.

Sichere und möglichst unabhängige Energieversorgung durch Stärkung der Position der heimischen Steinkohle – das setzt auf Dauer zukunftsgerichtete Technologien voraus, mit denen neue Märkte für die Kohle beim Ersatz von Erdöl und Erdgas erschlossen werden können. Die Landesregierung sieht in dem Einsatz nuklearer Prozeßwärme zur Kohlevergasung mit Hilfe des Hochtemperaturreaktors eine bedeutsame Zukunftsentwicklung. (D)

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Die Landesregierung hat das Gesamtkonzept der energiepolitischen Technologieförderung bereits frühzeitig mit dem Technologieprogramm Energie vorgelegt. Die rationelle Energieverwendung und die Energieeinsparung werden bei der Fortschreibung neu in das Programm aufgenommen.

(Köppler CDU: Wie ist das denn mit der Plutoniumvernichtung? Darauf sind alle gespannt, und dazu hören wir nichts!)

Erziehung und Bildung, Wissenschaft und Forschung bleiben ein Schwerpunkt in der Arbeit der Landesregierung. Sie bestimmen nicht nur die Zukunft des einzelnen jungen Bürgers, sondern auch die des Landes.

Die Landesregierung sieht den Ausgang des Volksbegehrens als eine Mahnung zur Besonnenheit,

(Beifall bei der CDU – Dr. Brüggemann CDU: Sehr gut!)

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) nicht aber als eine Aufforderung zum Verzicht auf bildungspolitisches Handeln.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Soll die Landesregierung künftig untätig bleiben, wenn Probleme offenkundig werden, wenn Verbesserungen dringend nötig sind? Das wäre keine verantwortungsvolle Politik.

(Pürsten CDU: Jugendarbeitslosigkeit!)

Die Landesregierung wird sich künftig allerdings verstärkt darum bemühen, den Bürgern bestehende Probleme deutlich und bewußt zu machen

(Dr. Pohl CDU: Die kennen die Probleme! – Dr. Brüggemann CDU: Ich habe den Eindruck, daß die sie besser kennen!)

und sie von der Richtigkeit dessen zu überzeugen, was geschehen muß.

(Dr. Pohl CDU: Die sind von Ihren Lösungen nicht überzeugt!)

Das übergreifende Ziel aller bildungspolitischen Maßnahmen in den nächsten Jahren bleibt es, die Zukunftschancen der jetzt heranwachsenden jungen Generation zu sichern und zu verbessern, auch unter den veränderten Bedingungen.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Die Lage auf dem Arbeits- und Ausbildungsstellenmarkt ist nach wie vor schwierig.

Die Berufs- und Lebenschancen der jungen Generation sichern heißt, allen Jugendlichen nach ihren Neigungen, Befähigungen und Leistungen eine breite und möglichst umfassend qualifizierende Ausbildung zu vermitteln. Damit wollen wir den jungen Menschen sowohl unmittelbar wie auch längerfristig vielfältige berufliche Möglichkeiten eröffnen, die durch gezielte Fort- und Weiterbildung ständig vergrößert werden können.

Sicherung der Zukunftschancen bedeutet weiter, die Zahl der Jugendlichen mit erfolgreichem Schulabschluß entscheidend und nachhaltig zu erhöhen. Sicherung der Zukunftschancen heißt schließlich, auch unter veränderten Bedingungen ein dichtes und regional ausgewogenes Bildungsangebot zu gewährleisten.

Deshalb kommt es jetzt darauf an, die Bildungspolitik mit Augenmaß weiterzuführen,

(Dr. Brüggemann CDU: Ausgezeichnet! – Weiterer Zuruf von der CDU: Das haben wir doch schon einmal gehört?!)

um die konkreten Unterrichtsbedingungen in den Schulen durch beharrliche Arbeit und im ständigen Gespräch mit Lehrern, Eltern und Schülern zu verbessern, um die eingeleiteten Reformmaßnahmen zu sichern, um die künftigen Anforderungen an unser Bildungssystem erkennbar zu machen und zukunftsorientierte Lösungen zu erarbeiten.

(C)

In allen Schulstufen und Schulformen sind die allgemeinen Unterrichtsbedingungen und insbesondere die Schüler-Lehrer-Relationen weiter zu verbessern.

(Dr. Beckel CDU: Das sagen wir doch schon seit langem!)

Darüber hinaus wollen wir zusätzliche Lehrerstellen flexibel und gezielt einsetzen, damit auch der kurzfristig auftretende Unterrichtsausfall erheblich geringer werden kann.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Der in einigen Schulformen noch bestehende Lehrermangel wird schon in absehbarer Zeit beseitigt sein. Nordrhein-Westfalen konnte durch außerordentliche finanzielle Anstrengungen in diesem Jahr wieder als einziges Bundesland alle Bewerber in den Schuldienst einstellen. Im Interesse einer guten Schule werden wir uns auch in den nächsten Jahren darum bemühen, für alle Lehrer Einstellungsmöglichkeiten zu finden.

(D)

(Beifall bei den Regierungsparteien – Dr. Beckel CDU: Zwei Drittel oder wie?)

Ein wichtiger Schritt in der Zusammenarbeit zwischen Lehrern, Eltern und Schülern ist mit dem in diesem Jahr in Kraft getretenen Schulmitwirkungsgesetz getan worden. Es wird nun darauf ankommen, die gegebenen Möglichkeiten einer intensiven Kooperation in der Praxis auszuschöpfen.

Der Gesamtschulversuch und der Kollegschulversuch werden fortgeführt. Vom Kollegschulversuch versprechen wir uns weitere Aufschlüsse über die Möglichkeiten und Erfordernisse doppelt qualifizierender Bildungsgänge und Abschlüsse sowie insgesamt bessere Erkenntnisse darüber, wie berufliche und allgemeine Lerninhalte miteinander verzahnt werden können. Ende nächsten Jahres wird die Landesregierung den Bericht über die wissenschaftliche Auswertung des Gesamtschulversuchs vorlegen.

Die Reformbemühungen werden sich künftig von den organisatorischen und strukturellen Fragen stärker auf die innere Reform, auf die inhaltlichen und auf die erzieherischen Aufgaben der Schule verlagern müssen.

(Dr. Brüggemann CDU: Gut so, ausgezeichnet!)

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) So ist die Entlastung der Lehrpläne von überflüssigem oder von nicht altersgemäßem Stoff fortzuführen.

In den Bildungsgängen aller Schulformen wollen wir ein ausgewogenes Verhältnis von breit angelegten allgemeinen Grundkenntnissen und einer darauf aufbauenden Schwerpunktbildung herbeiführen.

Der innere Zusammenhang von Wissensvermittlung und erzieherischer Aufgabe muß gewahrt werden. Der Freiraum des einzelnen Lehrers für ein offenes pädagogisches Wirken ist zu sichern; dabei bitte ich alle Lehrer um verständnisvolle Zuwendung zu den Kindern und zu den jungen Menschen, die ihnen anvertraut sind. Grundlegende Wertvorstellungen und Leitprinzipien demokratischen Zusammenlebens sind in der Schule stärker zu vermitteln.

Wegen dieser Ziele ist auch in Zukunft die Abstimmung der bildungspolitischen Grundsätze des Landes Nordrhein-Westfalen mit dem Bund und den anderen Ländern nötig. Sowohl bei der Fortschreibung des Bildungsgesamtplans als auch im Rahmen der Kultusministerkonferenz wird Nordrhein-Westfalen darauf dringen, für das Bildungswesen in der Bundesrepublik vergleichbare Rahmenbedingungen zu schaffen und die gegenseitige Anerkennung vergleichbarer Abschlüsse zu sichern.

- (B) (Dr. Beckel CDU: Lehrerausbildungsgesetz!)

Unser Ziel muß es sein,

(Dr. Brüggemann CDU: Aus der Isolierung herauszukommen!)

die Freizügigkeit auch im Bildungsbereich zu verwirklichen und die Funktionsfähigkeit des föderativen Bildungssystems für den Bürger überzeugend darzustellen.

(Beifall bei der SPD)

Im schulischen Bereich wollen wir für die nächsten Jahre folgende Schwerpunkte setzen:

Die Landesregierung wird die Hauptschule weiterhin und verstärkt als eine weiterführende Schule ausbauen und dabei den zweifachen Bildungsauftrag der Hauptschule berücksichtigen, erstens die Vorbereitung auf den Übergang in eine Berufsausbildung oder eine Berufstätigkeit, zweitens den Zugang zu den studienqualifizierenden Bildungsgängen. Die Landesregierung wird hierbei die im Hauptschulbericht des Kultusministers genannten Schritte tun.

Ein wesentlicher Beitrag zur Annäherung der Bildungsgänge und Schulformen im Sekundarbereich I ist die

- Einführung des 10. Vollzeitschuljahres ab 1979, das wahlweise an einer allgemeinbildenden oder einer beruflichen Schule angeboten werden soll. (C)

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Für die Weiterentwicklung des beruflichen Schulwesens wird die Landesregierung ein umfassendes Entwicklungskonzept vorlegen. Es ist vordringlich, die begonnene Umstrukturierung der beruflichen Erstausbildung in eine einjährige Berufsgrundbildung und eine anschließende – in der Regel zweijährige – Fachbildung fortzuführen. Damit wollen wir Beschäftigungsrisiken mindern. Die berufliche Grundbildung wird in Nordrhein-Westfalen vorwiegend als schulisches Berufsgrundbildungsjahr eingeführt. Die Landesregierung wird jedoch prüfen, in welchen Berufsfeldern auch ein Berufsgrundbildungsjahr innerhalb des dualen Systems stattfinden kann. Mit speziellen Maßnahmen und Förderprogrammen muß die Situation von Jugendlichen ohne Arbeits- und Ausbildungsplatz verbessert werden. Ein wichtiger Ansatz hierzu ist in der Berufsschule der verstärkte Ausbau des Berufsvorbereitungsjahres.

Die Landesregierung wird sich wie bisher und verstärkt bemühen, das schulische Angebot für ausländische Kinder und Jugendliche zu verbessern.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

(D)

Das gilt sowohl für die bessere Vorbereitung der Kinder auf die Schule wie auch für eine flexiblere Organisation des Unterrichts und eine Steigerung der Schulabschlüsse.

Die Schulberatung wird in den nächsten Jahren einen zunehmend größeren Stellenwert erhalten, damit die Schule und die Ausbildung nicht denen fremd bleiben, für die sie da sind.

Auch unsere Hochschulpolitik wird die Zukunftschancen der jungen Generation sicherer machen.

– Wir wollen die Politik der Öffnung der Hochschulen fortsetzen und absichern und damit den Numerus clausus weiter abbauen.

– Wir wollen die Arbeiten an der Studienreform, die mit der Gründung der Gesamthochschulen einschließlich der Fernuniversität und der Einrichtung der Studienreformkommissionen eingeleitet wurden, gemeinsam mit den Hochschulen intensivieren und mit dem Ziel greifbarer Ergebnisse noch in dieser Legislaturperiode beschleunigen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) – Wir wollen das Forschungspotential als Chance zum wirtschaftlichen und sozialen Wandel in unserem Land für eine humane Arbeitswelt und für mehr Gesundheit nutzen und ausbauen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

– Wir wollen die Hochschulen durch den Abschluß der strukturellen und organisatorischen Hochschulreform stabilisieren, vor allem auch die Hochschulgesetzgebung in dieser Legislaturperiode im wesentlichen abschließen,

(Beifall bei den Regierungsparteien)

– und wir wollen den Dialog zwischen der Hochschule und den Gruppen der Gesellschaft intensivieren.

(Lemper CDU: Was heißt das denn konkret?)

Wir müssen die Forschung an den Hochschulen für die wissenschaftliche, wirtschaftliche, technologische und kulturelle Entwicklung unseres Landes besser nutzen. Deshalb muß die Hochschulforschung auch in Zeiten besonderer Belastung durch die Lehre gesichert bleiben und ausgebaut werden. Mit dem Aufbau neuer Hochschulen haben wir in allen Landesteilen Forschungseinrichtungen geschaffen, die sich auch der Probleme ihrer Region annehmen. Dabei kann die Hochschulforschung den erforderlichen Nutzen für Gesellschaft und Wirtschaft im Lande nur bringen, wenn es gelingt, ihr einen international hohen Standard dauernd zu sichern.

(B)

Die Landesregierung wird Ende 1979 erstmals einen Bericht zur Situation und Entwicklung der Forschung im Lande Nordrhein-Westfalen vorlegen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

In den letzten Jahren ist der Bereich der Weiterbildung – seiner großen Bedeutung entsprechend – ständig erweitert und ausgebaut worden. Bei der vorgesehenen Novellierung des Weiterbildungsgesetzes muß die Stellung der kommunalen Weiterbildungseinrichtungen gestärkt werden.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Die inhaltlichen Angebote der Weiterbildungseinrichtungen werden künftig mehr und mehr auch darauf gerichtet sein müssen, schulische Abschlüsse nachzuholen und damit insbesondere die Berufschancen derjenigen jungen Menschen zu verbessern, die die Schule ohne formellen Abschluß verlassen haben.

(Pürsten CDU: Ein richtiger Schulabschluß wäre besser!)

Die außerschulische Jugendbildung hat einen eigenständigen Bildungsauftrag neben der Erziehung und Bildung des jungen Menschen in Familie, Schule und Beruf. Der Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung und Förderung der außerschulischen Jugendbildung steht vor dem Abschluß.

(C)

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Die Lebensumstände des einzelnen Bürgers und der einzelnen Familie werden in hohem Maße von der Qualität unserer Städte und Gemeinden bestimmt. In den Städten und Gemeinden entscheidet es sich, in welchem Umfang die Bedürfnisse des täglichen Lebens befriedigt werden. Darum mißt der Bürger die Qualität unserer Gesellschaft auch an menschenwürdigen und familiengerechten Wohnungen in gesunder Umgebung, an einem funktionstüchtigen Verkehrssystem, an zureichenden Arbeitsplätzen, an Schutz vor Gefahren, am Bildungs- und Versorgungsangebot und an Betätigungsmöglichkeiten in der Freizeit.

Wir wollen dabei helfen, daß auf Dauer diesen berechtigten Erwartungen der Bürger entsprechende Lebensbedingungen in allen Teilen des Landes geschaffen werden. Die Landesplanung ist Rahmen und Grundlage dafür – nicht mehr, aber auch nicht weniger. Der in der Novellierung befindliche Landesentwicklungsplan für die Raum- und Siedlungsstruktur wird die kommunalen Entscheidungsmöglichkeiten nicht verringern, sondern die Gemeinden für ihre Versorgungsaufgaben und Entwicklungsmöglichkeiten stärken. Die Landesregierung weiß, daß eine lebensfähige kommunale Selbstverwaltung mit kraftvollem Gestaltungswillen, die auch das Interesse aller Bürger an der demokratischen Mitarbeit in öffentlichen Angelegenheiten des eigenen Gemeinwesens weckt, zugleich die beste Grundlage für die Entwicklung des Landes in allen seinen Teilen ist.

(D)

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Viele Bürger leben lieber in der unmittelbaren Umgebung einer Stadt als in ihr selbst. Das zeigt die Abwanderung der Bevölkerung aus den Innenstädten in die Randzonen. Diese Entwicklung führt nicht nur zu hohen gesellschaftlichen Kosten, sie birgt auch die Gefahr, daß unsere Städte ihre Versorgungsaufgaben und ihre kulturellen Funktionen auf Dauer zu unser aller Schaden nicht mehr erfüllen können.

Die innerstädtischen Wohngebiete dürfen nicht veröden, damit den großen Städten nicht nur die Last der Versorgung des Umlandes bleibt. Zwar gibt es gegen die Bevölkerungsverluste der großen Städte keine Patentrezepte, tatsächlich ist aber schon außerordentlich viel geleistet worden, um sie aufzuhalten. Seit Jahren stellt das Land im Bundesgebiet die höchsten Städtebauförderungsmittel bereit und setzt sie zusammen mit

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) der Wohnungsbauförderung und anderen Infrastrukturmitteln koordiniert und konzentriert ein, damit die Innenstädte wieder wohnlicher werden.

Die Leistungen vieler Gemeinden zur attraktiven Gestaltung der Umwelt und die aktive Mitarbeit der Bürger haben aber schon deutlich sichtbare Erfolge: Viele Städte sind freundlicher und belebter geworden.

Die Landesregierung fördert die städtebauliche Sanierung durch Wohnungsmodernisierung und Neubau, aber auch durch eine Vielzahl anderer Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnumwelt. Dazu zählen namentlich die Verlagerung störender Gewerbegebiete, die Erhaltung gewachsener und erhaltenswerter Siedlungen, die Schaffung von Grün- und Freiflächen in Wohnblöcken, der Ausbau von Wohnstraßen, der Bau von wohnungsnahen Freizeit-, Erholungs- und Kleingartenanlagen, die Pflege stadtnaher Wälder und Grünzonen und des Stadtbildes. Auch außerhalb der Ballungsgebiete gibt es viele Beispiele gelungener Sanierung und Modernisierung. Am Wettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden“ beteiligen sich zahlreiche Ortschaften und viele Bürger. Die Landesregierung befürwortet gemeindliche und bürgerschaftliche Initiativen, um in Stadt und Land eine Wohnumwelt zu schaffen, in der zu leben Freude macht.

- (B) Die allgemeine Wohnungsnot ist nach Jahrzehnten erstmals überwunden. Diese Feststellung belegt einen großartigen Erfolg langer gemeinsamer Anstrengungen. Das Schwergewicht im Wohnungsbau liegt deshalb jetzt in der Eigentumbildung und in der Modernisierung. Die öffentliche Förderung neuer Wohnungen ist auf die sozial schwachen Mitbürger und auf spezielle Gruppen ausgerichtet: auf Kinderreiche, auf Aussiedler, auf alte Mitbürger. Das Förderungssystem muß dabei so angelegt bleiben, daß die Mieten und Belastungen für breite Bevölkerungskreise tragbar sind.

(Dr. Pohl CDU: Härteausgleich!)

Meine Damen und Herren! Die Attraktivität unserer Städte und Gemeinden hängt auch von der Kulturpflege ab. Nordrhein-Westfalen hat als Bundesland noch keine lange historische Tradition. Um so wichtiger ist es, daß das kulturelle Erbe und die landsmannschaftliche Bindung in der Vielfalt der einzelnen Landesteile erhalten und gestärkt werden. Wir können stolz darauf sein, in Nordrhein-Westfalen zu leben. Die Schönheit unserer Landschaften und die Lebenskraft unserer Städte und Gemeinden bieten allen Grund dazu. Die Mannigfaltigkeit der Theater, der Orchester und Museen zeugt vom Reichtum des kulturellen Lebens im Industrieland Nordrhein-Westfalen.

Im Leben der Bürger wird der Anteil der arbeitsfreien Zeit wachsen. Um so wichtiger ist es, ausreichende Frei-

zeit- und Sportmöglichkeiten zu schaffen. Die Landesregierung wird einen Landessportplan vorlegen.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Auf der Grundlage des bundesweit beachteten „Aktionsprogramms Breitensport“ werden wir besonders die Bevölkerungsgruppen und Siedlungsräume verstärkt fördern, für die im sportlichen Bereich ein Nachholbedarf besteht. Der Schulsport wird wegen seiner Schlüsselfunktion für die sportlichen Grunderfahrungen aller Bürger konsequent weiter ausgestaltet werden.

Im Ballungsraum zwischen Rhein und Ruhr ist das politische Umweltbewußtsein zuerst wach geworden. Nirgendwo ist der Kampf um die Verbesserung der Umweltsituation nötiger und wichtiger als hier, nirgendwo sind aber auch schon größere Erfolge zu verzeichnen. Nirgendwo stoßen die widerstreitenden Interessen so unmittelbar zusammen: Die Wandlung der Wirtschaftsstruktur, die Notwendigkeit zur Nutzung der heimischen Energiequellen und das vorrangige Ziel der Sicherung der Arbeitsplätze konkurrieren mit dem Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen, des Wassers, des Bodens und der Luft, und mit der Erhaltung und Entwicklung großflächiger natürlicher Freiräume. Daraus ergeben sich zahlreiche und vielfältige Zielkonflikte. Sie zu lösen, ist die erste Aufgabe praktischer Umweltpolitik. Unternehmer und Arbeitnehmer, Staat und kommunale Selbstverwaltung tragen hier gemeinsam Verantwortung.

(D)

Die Landesregierung versteht Umweltpolitik als umfassende und als ständige Aufgabe. Mit der industriellen Revolution hat der Mensch sich unter Nutzung der Ressourcen der Natur eine neue, künstliche Umwelt geschaffen: die technisch-ökonomische Umwelt, die in jüngster Zeit zunehmend im Widerspruch zur natürlichen gesehen und als latente Bedrohung empfunden wird. Die Umweltpolitik muß sich diesem Konflikt stellen. Sie muß zu langfristig orientierten Konzeptionen finden, auf deren Grundlage die verschiedenen berechtigten Interessen jeweils sorgsam abgewogen werden.

Vieles ist schon getan – von der Regierung und vom Parlament, im Bund und im Land. Ich greife nur einige Maßnahmen heraus: Die Luftqualität ist deutlich besser geworden. Die Rauchwolken, die früher über dem Ruhrgebiet den Himmel verdunkelten, sind verschwunden.

(Pürsten CDU: Die Arbeitsplätze auch! – Weiterer Zuruf von der CDU: Keine Arbeit mehr da! – Unruhe bei der CDU)

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) Noch 1963 gingen im Ruhrgebiet 312 000 t Staub nieder. Diese Belastung wurde bis 1976 schon auf die Hälfte verringert.

(Starker Beifall bei den Regierungsparteien – Zuruf des Abg. Dr. Schwefer CDU)

Die Schwefeldioxydbelastung ist seit dem Jahre 1963 um nahezu 40 % gesenkt worden.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Der neugefaßte Rauchgasentschwefelungserlaß wird weitere Verbesserungen bringen. Eine weitere deutliche Verbesserung der Luftqualität ist im Zuge der Luftreinhaltepläne zu erwarten. Zwei von ihnen liegen inzwischen vor. Sie sind die ersten ihrer Art in der Bundesrepublik.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Mit dem Entwurf eines neuen Landeswassergesetzes hat Nordrhein-Westfalen als erstes Bundesland die rechtlichen Voraussetzungen für den Vollzug des neuen Bundesrechts zur langfristigen Sicherung der Wasserversorgung und zum Schutz und zur Sanierung der Gewässer formuliert.

- (B) Vieles ist noch zu tun. Die vom Land finanziell geförderte Abwasserreinigung, deren Umfang seit 1967 nahezu verdoppelt wurde, wird fortgesetzt.

Die Landesregierung wird verstärkt schadstoff- und abfallärmere Technologien und Produktionsverfahren fördern; sie wird die Rückgewinnung von Rohstoffen aus Abfällen erleichtern. Sie wird weitere Luftreinhaltepläne aufstellen. Das automatische Meßsystem, das der Immissionskontrolle dient, wird zügig ausgebaut. Dabei werden die Voraussetzungen geschaffen, um die zulässige und die tatsächliche Belastung schnell und exakt bestimmen zu können. So können wir sowohl einen besseren Umweltschutz als auch mehr Rechtsklarheit und Investitionssicherheit für die Unternehmen erreichen. Das trägt auch dazu bei, in hochbelasteten Räumen eine angemessene wirtschaftliche Entwicklung zu ermöglichen.

Die Landesregierung wird den Lärmschutz wesentlich verbessern. Sie wird zur Festsetzung und Abgrenzung von besonders durch Lärm belasteten Gebieten Lärm-minderungspläne erarbeiten.

Im Verkehrsbereich hat die Landesregierung große, unübersehbare Leistungen aufzuweisen. Dennoch sind aus gesellschafts- und strukturpolitischen Gründen weiterhin erhebliche Anstrengungen nötig. Die Einstellung der Bürger zu den Fragen des Verkehrswesens hat sich geändert. Dem wird die Verkehrspolitik der Landesregierung Rechnung tragen.

(C) Nachdem in der Verkehrspolitik die Phase des quantitativen Aufbaus weitestgehend abgeschlossen ist, müssen die bisherigen Konzepte überdacht werden. Die aus der Gesellschaftspolitik abzuleitenden Zielfunktionen, die der Verkehrspolitik der Landesregierung zugrunde liegen, sind

- Verbesserung der Verkehrssicherheit,
- Umweltschutz,
- Verbesserung der Infrastruktur und
- Hebung der Wirtschaftlichkeit.

Verbesserung der Verkehrssicherheit – vor allem für die besonders gefährdeten Gruppen der Kinder und Jugendlichen sowie der älteren Bürger – und Umweltschutz dienen der Erhaltung von Gesundheit und Leben.

Die Landesregierung ist deshalb grundsätzlich bereit, erheblich mehr Mittel des Verkehrsetats als bisher dafür anzusetzen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Das betrifft nicht nur den Neu- und Ausbau von Verkehrswegen und Verkehrsanlagen. In vielen Fällen wird auch der durchgreifenden Sanierung von Verkehrswegen und -anlagen Vorrang einzuräumen sein, um humanere Umweltbedingungen zu erreichen. Grundsätze, Maßnahmen und Finanzierung wird die Landesregierung in einem Verkehrsstrukturprogramm darlegen.

(D) Im öffentlichen Personennahverkehr werden S-Bahnen und Stadtbahnen weiter ausgebaut. Die Landesregierung strebt die Zusammenarbeit der Verkehrsunternehmen an. Sie selbst fördert in diesem wichtigen Bereich der Daseinsvorsorge schon mehrere erfolgreich arbeitende große Verkehrsgemeinschaften; sie hat ein großzügiges finanzielles Angebot zur Gründung weiterer Verkehrsverbünde und Verkehrsgemeinschaften gemacht und erwartet, daß alle politisch verantwortlichen Kräfte im Lande an dieser wichtigen Aufgabe mitwirken.

Die Landesregierung wird sich mit Nachdruck dafür einsetzen, daß die Deutsche Bundesbahn bei ihrer neuen Netzkonzeption die strukturpolitischen Interessen unseres Landes berücksichtigt.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Neue Straßen sollen landschaftsgerecht und emissionsarm werden. Wohngebiete müssen beruhigt, die Verkehrssicherheit muß auch für Fußgänger und Radfahrer erhöht werden. Mit erheblichen Finanzmitteln

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) werden wir bestehende Straßen umweltfreundlicher gestalten, auch durch Lärmschutzmaßnahmen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren! Menschliche Gesellschaft und liberaler Staat bedingen einander. Freiheit ist nach unserer Auffassung immer auch Freiheit füreinander, in der Gemeinschaft zu erfüllende Verantwortung für den Mitmenschen.

Ich denke dabei zuerst an die Kinder. Viele müssen in einer Umwelt leben, die auf ihre speziellen Bedürfnisse und Wünsche wenig Rücksicht nimmt. Eine Gesellschaft, die sich gleichgültig oder gar feindlich gegenüber den Kindern verhält, hat keine Zukunft.

(Zustimmung bei den Regierungsparteien)

Kinderfreundlichkeit läßt sich gewiß nicht durch Gesetz vorschreiben. Aber wir können dazu verhelfen, daß in vielen Bereichen bessere Voraussetzungen geschaffen werden: in der Familien- und Sozialpolitik im engeren Sinne, in der Schule, im Städte- und Wohnungsbau, im Straßenverkehr, in der Freizeit oder im Sport. Die Landesregierung wird daher im kommenden Jahr ein Programm „Für ein kinderfreundliches Land“ vorlegen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

- (B) Hilfen, die den Kindern zugute kommen sollen, werden zum großen Teil Hilfen für die Familien sein müssen. Die am 30. August gefaßten Beschlüsse der Bundesregierung zur Erhöhung des Kindergeldes und zum Mutterschutz sind in dieser Hinsicht ein bedeutender Durchbruch.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Der Familienbericht, den die Landesregierung im Laufe des Jahres 1979 fertigstellen wird,

(Schlottmann CDU: Der ist längst fertig!)

soll die gegenwärtige Situation beschreiben und umfassend darstellen, welche familienpolitischen Maßnahmen nötig sind und welche punktuellen Verbesserungsvorschläge wir zu machen haben.

Nordrhein-Westfalen hat sich in den letzten Jahren in besonderer Weise um eine Verwirklichung der Politik für Frauen bemüht. Seit über zweieinhalb Jahren gibt es eine besondere Arbeitsgruppe „Frauenpolitische Angelegenheiten“.

(Dr. Brüggemann CDU: Sagt bloß!)

- Ziel der Arbeit ist es, die Benachteiligung der Frauen in der Gesellschaft aufzuzeigen und sich um ihren Abbau zu bemühen. Nordrhein-Westfalen kann für sich in Anspruch nehmen, daß es diese Thematik als erstes Bundesland theoretisch und praktisch aufgegriffen hat, hierfür im Haushalt 1978 erhebliche Mittel bereitgestellt hat und praktische Erfolge nachweisen kann. (C)

(Zustimmung bei den Regierungsparteien – Dr. Schwefer CDU: Auch in der Frauenarbeitslosigkeit!)

Die Berücksichtigung und die Förderung der Frauen in allen gesellschaftlichen und politischen Bereichen werden weiterhin unsere Aufgabe sein.

Auch die ältere Generation erfordert unser Augenmerk. Ich sehe die Gefahr, daß sich viele ältere Mitbürger an den Rand der Gesellschaft gedrängt fühlen. Die Leistungen dieser Generation in den harten Aufbaujahren nach dem Krieg scheinen plötzlich nicht mehr zu zählen. Anerkennung, Familiensinn, gute Nachbarschaft und menschliche Rücksichtnahme könnten die Kluft zwischen der jüngeren und der älteren Generation verringern.

Die Maßnahmen des Landes sind im wesentlichen im Landesaltenplan zusammengefaßt, nach dem schon seit mehr als drei Jahren erfolgreich gearbeitet wird. Dieser Plan ist nun fortzuschreiben und zu ergänzen. Mit dem Aufbau der Sozialstationen, die im Lande auf eine sehr große Nachfrage stoßen, wird es künftig noch stärker als bisher möglich sein, alten Menschen in ihrer gewohnten häuslichen Umgebung zu helfen. (D)

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Die soziale Sicherheit hat einen hohen Stand erreicht. Deshalb stehen jetzt gezielte Hilfen im Vordergrund. Zu den Menschen, die besonderen Anspruch auf diese unsere Hilfe haben, gehören die Behinderten.

(Zustimmung bei den Regierungsparteien)

Der Landesbehindertenplan wird alle vorbeugenden, eingliedernden und nachgehenden Hilfen zusammenfassen und koordinieren.

Ziel der Landespolitik im Gesundheitswesen ist in erster Linie Vorbeugung. Bessere Gesundheitsvorsorge setzt aber bessere Gesundheitserziehung voraus. Mit Sorge beobachten wir, daß die Mütterberatung so wenig genutzt wird. Hier muß die Aufklärung verstärkt werden.

Dem Ziel der Vorbeugung wie auch dem der Rehabilitation dient das zweite Kurortförderungsprogramm. Die Arbeiten am Krankenhausbedarfsplan gehen zügig weiter. Medizinische und pflegerische Leistungsfähigkeit und Bürgernähe müssen gleichermaßen entscheidend

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) dafür sein, welche Krankenhäuser wir künftig fördern werden und welche nicht. Da gibt es für uns kein Dogma der Größe.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Wir in Nordrhein-Westfalen können auf das Niveau der medizinischen Einrichtungen stolz sein. Wir sollten aber nicht vergessen, daß zum Heilerfolg auch menschliche Betreuung und persönliche Zuwendung gehören. Was wir dazu beitragen können, etwa durch bessere Ausbildung des Personals, wollen wir tun.

Meine Damen und Herren! Unser Staat und seine Rechtsordnung sind kein Selbstzweck; sie sollen dem Bürger dienen. Unsere Bürger, vor allem auch unsere Jugend, sollen diesen Staat mit Leben erfüllen, die Werte unserer Verfassung verwirklichen und diesen Staat als gemeinsame Ordnung für unser aller Zusammenleben bejahen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Aber eine ernst zu nehmende Zahl von Bürgern unseres Landes – von jungen Bürgern zumal – beklagt Verständigungsschwierigkeiten mit der staatlichen Politik. Wir beobachten den Rückzug ins Private, die Verweigerung des Gesprächs, die Abkapselung im Mißtrauen. Das sind nicht allein nordrhein-westfälische Probleme, und das hat vielfältige Ursachen, die längst nicht alle ausgelotet sind. Die häufige Undurchsichtigkeit staatlichen Handelns, die Unausweichlichkeit bürokratischer Begrenzungen, die Unübersichtlichkeit immer größerer Einheiten in Wirtschaft und Gesellschaft, im Betrieb und in der Gemeinde tragen zu der Flucht in die Verweigerung ebenso bei wie die mangelnde Erfahrung einer jungen Generation, die in einer Zeit aufgewachsen ist, in der auf der Basis eines ungebrochenen wirtschaftlichen Wachstums nahezu alles machbar, nahezu alles lösbar und regelbar erschien. Diese Generation erlebt nun die Grenzen des Machbaren, versteht sie in der Theorie, ist aber häufig für sich selbst nicht in der Lage, sie zu akzeptieren.

Daß dies so ist, können wir sicher nicht einfach dem Staat, den Politikern, den Parteien anlasten. Aber wir alle tragen Mitverantwortung. Verständlichkeit und Durchsichtigkeit sind in der Demokratie Bringschulden der Politiker an den Bürger.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Wir wollen daher für einen neuen Dialog mit dem Bürger eintreten, und wir wollen ihn mit der jungen Generation besonders intensiv führen. Ein solcher Dialog kann nur gelingen, wenn die Gesprächspartner einander ernst nehmen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Die Landesregierung geht in den Dialog mit dem ernstesten Willen zuzuhören, wo Argumente sind, Position zu beziehen, wo unangenehme Entscheidungen durchgehalten werden müssen, und ihre Überzeugungskraft einzusetzen, wo es um die Sicherung der geistigen Offenheit und der politischen Toleranz geht.

An dieser Stelle warnen wir vor den linksextremistischen Gruppierungen, sei es, weil sie die Grundpositionen unserer Verfassung verändern wollen, sei es, weil sie private Gewaltanwendung predigen oder gar praktizieren. Im Grundgesetz gibt es uns alle verpflichtende Grundpositionen, deren Veränderung wir nicht zulassen werden. Darum widerstehen wir linksextremistischen Gruppen, ob sie uns nun als politische Sekten oder als autoritär geführte Kader begegnen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Ein anderes Problem, das noch nicht ausreichend gewürdigt wird, droht unsere Jugend negativ zu beeinflussen. Das ist die Werbung für neonazistische Tendenzen. Ich meine weniger die bedenkenlosen Geschäftemacher, die mit nationalsozialistischen Orden und Emblemen handeln. Ich meine in erster Linie das, was in Wort und Bild geschieht, von der Verharmlosung des dunkelsten Kapitels deutscher Geschichte bis hin zur offenen nationalsozialistischen Propaganda.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Das kommt auf eine Generation zu, die totalitäre Systeme nicht selber erlebt hat und die deshalb durch diese Erfahrung nicht immunisiert ist. Hier müssen wir den Anfängen wehren!

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Ein anderes Problem ist der Versuch von Extremisten, in den öffentlichen Dienst einzudringen. Die Landesregierung bekräftigt, daß Verfassungsfeinde nicht in den öffentlichen Dienst gehören. Dies ist das eine, und ich sage das mit aller Klarheit. Wir bemühen uns, die wirklichen Feinde der Demokratie mit einem Verfahren fernzuhalten, das auf strengste Rechtsstaatlichkeit ausgerichtet ist.

(Beifall bei den Regierungsparteien – Köppler CDU: Das wollen wir hoffen!)

Wir wollen aber kein überperfektioniertes Überwachungssystem,

(Beifall bei den Regierungsparteien – Köppler CDU: Haben wir das jetzt im Lande, Herr Ministerpräsident?)

– Nein! –

(Köppler CDU: Aha!)

(C)

(D)

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) das vielerorts ein Klima der Gesinnungsschnüffelei und der Einschüchterung vermittelt.

(Köppler CDU: Hier im Lande?)

Wir wollen helfen, daß sich dieser Eindruck nicht verfestigt.

(Beifall bei den Regierungsparteien – Zurufe von der CDU)

Unsere Bibliotheken sollen auch weiterhin nicht darauf überprüft werden, wer welche Bücher gelesen hat.

(Beifall bei den Regierungsparteien – Zurufe von der CDU)

Wir wollen Schutz vor Gewalt, aber Freiheit für Gedanken.

(Beifall bei den Regierungsparteien – Köppler CDU: Wer will das nicht?)

Wir alle wollen eine engagierte und kritische Jugend. Deshalb müssen wir uns auch einer manchmal übersteigerten Kritik stellen. Sogenannte Jugendsünden dürfen einem Menschen nicht den Lebensweg verbauen;

- (B) (Köppler CDU: Richtig!)

engagierte Kritik ist ebensowenig Indiz für Verfassungsfeindlichkeit wie stillschweigende Unauffälligkeit etwa Verfassungstreue garantiert.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Es wäre verhängnisvoll, wenn die Erfüllung der verfassungsrechtlichen Pflicht, das Eindringen von Gegnern unseres Gemeinwesens in den öffentlichen Dienst zu verhindern, unser politisches Klima vergiften würde. Tatsächlich gibt es dazu keinen Grund. Es gibt keine Ermittlungen gegen Bewerber für den öffentlichen Dienst aus Anlaß einer Einstellung. Auf Anfrage der Einstellungsbehörden werden vom Verfassungsschutz nur solche Tatsachen weitergegeben, die im Zeitpunkt der Bewerbung ernsthaft und gerichtsverwertbar Zweifel an der Verfassungstreue des Bewerbers begründen können.

(Ostrop CDU: Alles klar!)

Dies geschieht nur in einer verschwindend geringen Zahl von Fällen.

(Köppler CDU: So ist es!)

(C) Vor diesem Hintergrund sind wir, die Politiker, als erste dazu aufgerufen, mit Reden und Handeln eine glaubwürdige Offensive für den demokratischen Staat zu führen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Ich appelliere an die Besonnenen in allen demokratischen Parteien, verhärtete Fronten zu überwinden und nach gemeinsamen Lösungen zu suchen. Die Landesregierung wird im Bundesrat die Initiative für eine gesetzliche Regelung für einen Vorbereitungsdienst außerhalb des Beamtenverhältnisses ergreifen. Sie soll es den Ländern erlauben, einen einheitlichen Vorbereitungsdienst außerhalb des Beamtenverhältnisses einzuführen. Sobald diese bundesgesetzliche Regelung erreicht ist, wird das Land eine entsprechende Initiative ergreifen. Damit wollen wir einen Beitrag zur Entspannung der Situation im Ausbildungswesen leisten. Unser Ziel muß es sein, unter Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit die Diskrepanz zwischen Aufwand, Ergebnis und politischer Wirkung der Überprüfungsverfahren zu beseitigen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

(D) Die Landesregierung hat alles getan, und sie wird alles tun, um die innere Sicherheit zu gewährleisten. Sie wird ein Verfassungsschutzgesetz einbringen, mit dem die Kontrolle des Verfassungsschutzes durch ein neu zu schaffendes kleines parlamentarisches Gremium verstärkt wird. Die Arbeit der Verfassungsschutzbehörden des Landes vollzieht sich auf gesetzlicher Grundlage und verdient Respekt. Die personelle und technische Ausstattung der Polizei ist gut. Sie wird nach den Zielen des Programms für die innere Sicherheit in der Bundesrepublik weiter ausgebaut. Die seit Jahren konsequent durchgeführte zahlenmäßige Verstärkung der Polizei hat zu mehr Sicherheit und Bürgernähe nicht nur in den Städten und Ballungsgebieten geführt. Ein neues Polizeigesetz, dessen Entwurf die Landesregierung demnächst vorlegen wird, soll die Tatbestände des polizeilichen Handelns nicht verschärfen, sondern zu bundeseinheitlichen Regelungen beitragen und damit sowohl dem Bürger als auch dem Beamten mehr Rechtssicherheit geben.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn ich an dieser Stelle zum ersten und einzigen Male von dem vorliegenden Manuskript abweiche – was bei einer Regierungserklärung nicht üblich ist –, dann deshalb, weil ich als Ministerpräsident dieses Landes bei der Abgabe der Regierungserklärung das bestätigen, auch als der Chef dieser Regierung noch einmal sagen möchte, was der Landtagspräsident zu Beginn der Sitzung ausgeführt hat: Wir gedenken des jungen Polizeimeisters, der sein Leben am vergangenen Sonntag auch für unsere Sicherheit gegeben hat, mit Respekt. Wir gedenken sei-

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) ner jungen Witwe, und wir wünschen dem Polizeibeamten, der verletzt ist, baldige Genesung. Ich bitte um Verständnis, wenn ich morgen nicht zur Sitzung des Hauptausschusses komme, wie ich das vorhatte, sondern wenn ich es als meine erste Pflicht sehe, morgen in Dortmund bei denen zu sein, deren Trauer wir nicht wegnehmen können, deren Schmerz wir kennen und denen wir verpflichtet sind durch die Art, wie wir politisch handeln.

Wie schwer die Aufgabe der Polizei ist und welche Anerkennung sie verdient, ist uns durch diese aktuelle Bedrohung durch terroristische Gewalttäter wieder schrecklich vor Augen geführt worden. Trotz großer Fahndungserfolge schätzt die Landesregierung die Gefährlichkeit und das Ausmaß dieser Bedrohung nach wie vor hoch ein. Die Landesregierung ist entschlossen, alles zu tun, um dieser Bedrohung Herr zu werden; aber absoluten Schutz vor Mördern aus dem Hinterhalt gibt es nicht.

Die Terroristen sind junge Menschen, die mitten unter uns leben, aber aus der Wirklichkeit geflohen sind. Sie spüren den Abscheu der Bevölkerung in allen Schichten schon nicht mehr. Sie vermögen nicht mehr zu begreifen, daß ihr vermeintliches Paradies auf Erden mit Bomben und mit Pistolen nicht zu haben ist. Aber bei ihnen werden keine Appelle mehr helfen.

- (B) An alle jedoch, die vielleicht ratlos sind, richte ich die Aufforderung: Zeigen wir der Jugend die wahren Aufgaben, nämlich unser Zusammenleben zu verbessern und unsere Ordnung menschlicher zu machen! Helfen wir ihnen dabei!

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Das ist ein mühsamer Weg mit vielen kleinen Schritten; aber nur auf diesem Wege halten wir unserer Wirklichkeit stand.

Meine Damen und Herren! Für den Justizbereich gehört zu den vordringlichsten Aufgaben der nächsten Zeit auch die Mitwirkung des Landes an den von der Bundesregierung geplanten Gesetzentwürfen zur Beratungshilfe und zur Verbesserung der Chancengleichheit beim Zugang zu den Gerichten für Bürger mit geringem Einkommen. Mit diesen Hilfsleistungen sollen finanzielle Barrieren abgebaut und soll das Vertrauen des Bürgers zur Justiz gestärkt werden.

Der Rechtskunde-Unterricht an weiterführenden Schulen hat sich als Beitrag zur Überwindung der Rechtsfremdheit unseres Volkes bestens bewährt. Er soll deshalb ausgeweitet und insbesondere auch an Hauptschulen eingeführt werden.

- (C) Die drei sozialen Dienste in der Strafrechtspflege – ich meine die Bewährungshilfe, die Gerichtshilfe und die Führungsaufsicht – sollen aufgabengerecht verstärkt werden. Im Strafvollzug steht die Verbesserung der Ausbildung der Mitarbeiter im Vordergrund, damit die Vollzugsbediensteten den erheblich gewachsenen Anforderungen des modernen Behandlungsvollzuges genügen können.

Im Straf- und im Strafverfahrensrecht steht eine Reihe von Neuregelungen durch den Bundesgesetzgeber bevor. Die Landesregierung befürwortet hier im Grundsatz die Bestrebungen der Bundesregierung, namentlich den Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung der Umweltkriminalität.

Ich habe vorhin von der Freiheit der Gedanken gesprochen. Zu einem liberalen Staat gehört auch die Freiheit der Meinung und der Information. Die Landesregierung ist entschlossen, an der bewährten, öffentlich-rechtlichen Struktur des Rundfunks festzuhalten.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Unabhängigkeit von staatlichem Einfluß, Mitwirkung der gesellschaftlich relevanten Kräfte und Ausschluß unzulässiger Einwirkungen von dritter Seite gewährleisten am besten, daß in Rundfunk und Fernsehen Informations- und Meinungsfreiheit gewahrt bleiben.

(Elfring CDU: Also keine Konkurrenz!)

Daß sich die Landesregierung um ein gutes Verhältnis zur Presse bemüht, habe ich deutlich gemacht, als ich wenige Stunden nach meiner Vereidigung ein erstes Gespräch mit der Presse gesucht habe. Wir alle wollen das weiterhin tun.

Die Landesregierung begrüßt es, daß eines der geplanten Kabelfernseh-Pilotprojekte in Nordrhein-Westfalen durchgeführt wird. Sie hält auch hier an der öffentlichen Trägerschaft fest.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Gewiß hat das, was man die neuen Medien nennt, eine wichtige rechtliche und politische Seite, verbunden mit technischen Problemen. Dafür werden die bevorstehenden Versuche Lösungshilfen vermitteln. Aber über Recht und Technik dürfen wir die Menschen nicht vergessen. Was die neuen Medien für die zwischenmenschlichen Beziehungen – etwa in der Familie – tatsächlich bedeuten werden, das sollten wir ebenfalls sorgfältig prüfen. Die Erweiterung von technischen Kommunikationsmöglichkeiten darf nicht zur Sprachlosigkeit zu Hause führen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) Viele Bürger klagen über Bürokratie und Paragraphendschungel. Gewiß, in einer komplizierten Welt können Verwaltung und Recht nicht einfach sein; dennoch müssen wir uns ständig bemühen, wo immer es möglich ist, Verwaltungszuständigkeiten und Verwaltungsverfahren einsichtiger zu machen, das Gewirr der Vorschriften zu entrümpeln und ihre Notwendigkeit vorurteilslos in Frage zu stellen, wenn die Erfüllung der uns gestellten Aufgaben das erlaubt. Wir müssen uns selber und unsere Mitarbeiter zu einer Sprache zwingen, die der Bürger verstehen kann, und damit die Verwaltung näher an den Bürger heranbringen.

Zum Schutz des Bürgers vor einem Mißbrauch seiner persönlichen Daten, die der Staat an vielen Stellen erfragen muß, hat die Landesregierung den Entwurf eines Datenschutzgesetzes eingebracht. Nach den bisherigen parlamentarischen Beratungen wird unser Land ein Datenschutzgesetz erhalten, das vorbildlich sein wird.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Die Landesregierung wird die Funktionalreform auf der Grundlage der Regierungserklärung vom 29. Januar 1976 fortsetzen. Wir werden dem Landtag noch in diesem Herbst den Entwurf eines 2. Funktionalreformgesetzes zuleiten.

- (B) Bei allen Arbeiten an der Funktional- und Verwaltungsreform in unserem Lande gehen wir von dem Grundsatz aus, daß die politische Selbstbestimmung auf kommunaler Ebene gestärkt und gesichert werden muß.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Hier hat der Bürger die größte Möglichkeit zu unmittelbarer Mitarbeit in öffentlichen Angelegenheiten. Dem entsprechen unsere Ziele bei der Reform der Gemeindeordnung.

Wir wollen auch nicht, daß unsere Gemeinden von Dotationen und Zuschüssen abhängig werden.

(Beifall bei der SPD)

Bund und Land müssen darauf achten, daß die kommunale Selbstverwaltung auch die finanzielle Autonomie hat, um eigenverantwortlich planen, entscheiden und durchführen zu können.

(Beifall bei den Regierungsparteien – Elfring CDU: LEP I/III)

Das entspricht unserer Verfassung und unserem politischen Willen. (C)

Dieser Gesichtspunkt muß auch in die Beurteilung des Entwurfs des Steueränderungsgesetzes 1979 einfließen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Die Landesregierung begrüßt die Steuerentlastung der Wirtschaft. Sie wird nachdrücklich dafür eintreten, daß diese Entlastung in dem von der Bundesregierung vorgesehenen Umfang in allen Teilen der Bundesrepublik gleichmäßig eintritt und daß Disparitäten, wie sie durch die Abschaffung der Lohnsummensteuer entstehen würden, ausgeschlossen werden.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Die Steuerentlastung darf aber nicht zu Lasten der Gemeinden gehen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit dieser Regierungserklärung habe ich vor dem Parlament und vor der Öffentlichkeit die Grundzüge des Arbeitsprogramms der Landesregierung vorgelegt. Die Erklärung und die anschließende Debatte werden die Unterschiede in den politischen Auffassungen deutlich machen, damit der Bürger weiß, woran er ist. (D)

Daß die Regierungsparteien und die Opposition mit unterschiedlichen Auffassungen um die sachlich jeweils beste Politik kämpfen, gehört zum Wesen der Demokratie. Demokratischem Geist entspricht es aber nicht, wenn daraus unversöhnliche Konfrontationen entstehen. Weder in unserem Lande noch in der Politik überhaupt darf sich ein Klima ideologischer Polarisierung ausbreiten.

Die Landesregierung wird jeder Art von polemischem Dauerstreit widerstreben und widerstehen. Die Landesregierung will sich stets um das sachliche Argument bemühen. Weil es um das Wohl unseres ganzen Landes geht, sollte die Fairneß auch in der streitigen Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte selbstverständlich sein.

(Rau, Ministerpräsident)

- (A) Setzen wir die bewährte Politik mit einem neuen Anfang fort!

(C)

(Anhaltender, lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien)

Präsident Dr. Lenz: Meine Damen und Herren! Wir sind damit am Ende unserer heutigen Sitzung. Die **nächsten Plenarsitzungen** finden am **4. und 5. Oktober** statt. Die Aussprache über die Regierungserklärung wird am 4. Oktober sein.

Ich wünsche Ihnen eine gute Heimfahrt. Die **Sitzung** ist **geschlossen**.

Schluß: 11.43 Uhr

(B)

(D)

Ausgegeben: 4. Oktober 1978

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend und einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 4000 Düsseldorf 1, Postfach 1143, Telefon (02 11) 88 44 39, zu beziehen.